



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 19.05.2022  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 18:52 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Ute Haupt

Stefanie Mackies  
Bernhard Bönisch  
Dr. Ulrike Wünscher  
Dennis Helmich

Dr. Annette Kreuzfeldt  
Carsten Heym

Dörte Jacobi

Andreas Schachtschneider  
Kay Senius

Ines Dunker

Guido Haak  
Tobias Heinicke  
Jan Röttschke

Elke Schwabe  
Veronika Weber  
Antje Hecht

### **Verwaltung**

Katharina Brederlow  
Dr. Heike Schaarschmidt  
Dr. Christine Gröger  
Uwe Theiß

### **Entschuldigt fehlten:**

Dr. Inés Brock  
Alexander Raue  
Dr. Regina Schöps  
Olaf Schöder

Dr. Tarek Ali  
Angela Ernst  
Susanne Wildner  
Jörg Baus

Ausschussvorsitzende  
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)  
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)  
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Vertreter für Frau Dr. Brock  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
AfD-Stadtratsfraktion Halle  
Vertreter von Herrn Raue  
Fraktion MitBürger & Die PARTEI  
Vertreterin für Frau Dr. Schöps  
Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
Teilnahme bis 18:40 Uhr  
Sachkundige Einwohnerin  
Teilnahme bis 18:29 Uhr  
Sachkundiger Einwohner  
Sachkundiger Einwohner  
Sachkundiger Einwohner  
Teilnahme bis 17:51 Uhr  
Sachkundige Einwohnerin  
Sachkundige Einwohnerin  
Sachkundige Einwohnerin

Beigeordnete Bildung und Soziales  
Referentin GB Bildung und Soziales  
Leiterin Fachbereich Gesundheit  
Leiter Abteilung existenzsichernde  
Leistungen

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
AfD-Stadtratsfraktion Halle  
Fraktion MitBürger & Die PARTEI  
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von  
Halle (Saale)  
Sachkundiger Einwohner  
Sachkundige Einwohnerin  
Gleichstellungsbeauftragte  
Leiter Fachbereich Soziales

## zu Einwohnerfragestunde

---

Es waren keine Einwohner/-innen zur Fragestunde gekommen.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Haupt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Haupt** sprach an, dass sie zum TOP 6.1 das Rederecht für Herrn Lippek und Herrn Reichert vom Behindertenbeirat beantragen wird.

Sie wies auf den unter TOP 6.2.1 vorliegenden Änderungsantrag ihrer Fraktion hin.

**Frau Jacobi** stellte den Geschäftsordnungsantrag, den Punkt 5.1

**Einwohnerantrag "NEIN zum Zusammenbruch der Gesundheitsfürsorge für die Einwohner der Stadt Halle! NEIN zum Impfzwang im Gesundheitsbereich der Stadt Halle! NEIN zur allgemeinen Corona-Impfpflicht!"**

**Vorlage: VII/2022/03945**

von der Tagesordnung abzusetzen, da der Ausschuss nicht zuständig ist. Es geht hierbei nicht um eine inhaltliche Debatte, sondern um die formale Feststellung der Unzulässigkeit des Antrages. Gestern hat der zuständige Hauptausschuss bereits sein Votum hierzu abgegeben.

**Herr Heym** sprach gegen die Absetzung dieses TOP, da er diesen Ausschuss hierfür als zuständig ansah. Es betrifft Belange der Stadtgesellschaft, nämlich Gesundheitsfragen und demzufolge sah er das Thema als relevant an. Die materielle Abweisbarkeit müsste durch den Ausschuss festgestellt werden.

**Frau Haupt** verlas zum Verständnis den Beschlussvorschlag und wies darauf hin, dass nicht in eine inhaltliche Diskussion gegangen wird. Sie sprach an, dass Herr Schreyer mit anwesend ist und bat diesen um seine Einschätzung hierzu.

**Herr Schreyer** wies darauf hin, dass es ein Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung wäre. Es geht um die Unzulässigkeit des Einwohnerantrages und nicht um eine inhaltliche Diskussion. Wäre letzteres der Fall, dann wäre der Ausschuss zuständig, da es dann um eine entsprechende Diskussion zum öffentlichen Gesundheitswesen gehen würde. Hier geht es um die Feststellung der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Antrages und dafür ist der Hauptausschuss zuständig. In der Sitzung des Hauptausschusses am gestrigen Tag wurde darüber beraten. Für den heutigen Ausschuss ist der Geschäftsordnungsantrag zulässig und es ist darüber abzustimmen.

**Frau Haupt** rief den *Geschäftsordnungsantrag von Frau Jacobi* auf Nichtbehandlung des TOP 5.1 zur Abstimmung auf.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

## 1 Nein-Stimme

**Frau Haupt** rief zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.04.2022
4. Vorstellung Projekte zur Obdachlosenarbeit (Wärmestube, Elisabeth-Tisch und Bahnhofsmision)
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Einwohnerantrag "NEIN zum Zusammenbruch der Gesundheitsfürsorge für die Einwohner der Stadt Halle! NEIN zum Impfwang im Gesundheitsbereich der Stadt Halle!  
NEIN zur allgemeinen Corona-Impfpflicht!"  
Vorlage: VII/2022/03945 **Nichtbehandlung**
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße  
Vorlage: VII/2022/03913
- 6.2. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle  
Vorlage: VII/2022/03916
- 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle (VII/2022/03916)  
Vorlage: VII/2022/04122
7. Mitteilungen
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zu Kostensteigerungen im Bereich der Betriebskosten  
Vorlage: VII/2022/04007
- 8.2. Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zu Kostensteigerungen bei den Kosten der Unterkunft  
Vorlage: VII/2022/04008
9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.04.2022

11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.04.2022**

---

Die Niederschrift vom 21.04.2022 wurde bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**zu 4 Vorstellung Projekte zur Obdachlosenarbeit (Wärmestube, Elisabeth-Tisch und Bahnhofsmision)**

---

**Frau Haupt** begrüßte die Vertreter/-innen der:

Bahnhofsmision	Frau Müller
Evangelischen Stadtmission/Wärmestube	Herr Wunsch
Elisabeth Tisch	Frau Brauer und Frau Bergmann

Die Vertreter/-innen erhielten Rederecht und wurden gebeten, erst ihre Arbeit vorzustellen und danach wurde Zeit für Fragen zur Verfügung gestellt.

**Frau Müller** stellte die Arbeit der Bahnhofsmision vor. Im Jahr 2021 gab es die Bahnhofsmision bereits seit 30 Jahren. Es gehört außer ihr noch eine hauptamtliche Mitarbeiterin und 20 ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen dazu. Eine Stelle Bundesfreiwilliger besteht ebenfalls, welche aber unbesetzt ist, da die Besetzung für diese Arbeit sehr schwierig ist.

Zu den Arbeitsschwerpunkten gehört die Frühstücksversorgung mit niedrigrschwelliger Anlaufstelle, Krisenintervention und Beratung mit der Vermittlung zu anderen Stellen der Sozialarbeit. Die aufsuchende Hilfe im Bahnhof ist eine weitere wichtige Arbeit. Hierzu führte sie aus.

Es finden 12 Gäste Platz in der Bahnhofsmision.

Die Öffnungszeiten und Hygieneregeln waren entsprechend der Pandemie angepasst worden.

Dazu führte sie kurz aus. Im Jahr 2020 wurde für 14 Tage geschlossen, da durch eine Infizierung alle Mitarbeiter/-innen in Quarantäne mussten.

Sie dankte dem Fachbereich Gesundheit, da auch ein Impfteam vor Ort war, um mit Johnson und Johnson impfen zu können und dies problemlos erfolgte.

Seit Juli 2021 sind die Öffnungszeiten wieder von 7:00 – 19:30 Uhr, an den Wochenenden und feiertags bis 15 Uhr. Die Frühstückszeit ist von 8:30 – 13.00 Uh. Es werden auch Lunchpakete ausgeteilt. Täglich kommen ca. 50 – 60 Gäste zum Frühstück und bis Dienstende sind es ca. 80 Personen, die betreut wurden. Es kommen sozial und finanziell schwache Gäste, Altersrentner/-innen, EU-Rentner/-innen, Durchreisende und Obdachlose aus Halle.

Sie ging kurz auf die Anlaufpunkte ein, die über die Bahnhofsmision auch vermittelt werden. Es gibt eine Notfallkleiderkammer, sodass in dringenden Fällen auch mit Kleidungsstücken versorgt werden kann. Sie benannte die Sponsoren, welche den Frühstückstisch unterstützen.

**Frau Müller** schilderte einige Situationen aus ihrer täglichen Arbeit und erwähnte dabei auch einen Fall einer Frau, welche regelmäßig zur Bahnhofsmision zum Frühstück kam. Nachdem sie zwei Tage nicht erschienen war, wurde eine Notöffnung bei der Frau veranlasst, von der die Wohnanschrift bekannt war. Sie wurde vor Ort mit einem Oberschenkelhalsbruch vorgefunden und versorgt.

Sie erwähnte, dass in wenigen Fällen auch ein Betretungsverbot für eine gewisse Zeit ausgesprochen wird, wenn sich dies zwingend erforderlich macht. Hier hob sie die Arbeit mit der Bundespolizei hervor.

Sie sprach an, dass es einen Jahresbericht 2021 gibt, welcher zur Verfügung gestellt werden kann. Es wurden im Jahr 2021 26.994 Gäste betreut, 18.400 Gäste nahmen an der Frühstücksversorgung teil.

Sie lud interessierte Mitglieder des Ausschusses ein, gern auch mal einen Dienst in blauer Weste bei ihnen zu tun, um die Arbeit persönlich kennenlernen zu können. Sie äußerte den Wunsch, dass die Bahnhofsmision weiterhin finanzielle Unterstützung erfährt, damit diese Arbeit entsprechend getan werden kann.

**Herr Wünsch** stellte sich als Leiter der Wärmestube, Sozialberatung und Tagesaufenthalt der Wärmestube der Evangelischen Stadtmission in Halle vor.

Die Arbeit stellte er anhand einer **Präsentation vor, welche im Session hinterlegt wurde.**

Er betonte, dass die Wärmestube für Menschen, deren Lebenssituation mit sozialen Schwierigkeiten verbunden ist und die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, diese Schwierigkeiten zu überwinden, da ist. Dies betrifft vor allem Wohnungslose, welche im Haus der Obdachlosenhilfe untergebracht sind oder die bei anderen Menschen mit wohnen. Dazu gehören auch Menschen, die aus der EU zu uns gekommen sind.

Er sprach an, dass die Arbeitsgruppe „Armut - Wohnen in Halle“ vor der Coronapandemie tätig war, diese müsste wieder initiiert werden.

**Herr Wünsch** regte an, dass ein Gespräch mit Herrn Baus und Herrn Theiß vom Fachbereich Soziales stattfinden sollte, um perspektivisch einige Änderungen vornehmen und die Träger sich dazu abstimmen können. Es fehlt eine aufsuchende und begleitende Hilfe für Wohnungssuchende über 27 Jahre. Soweit ihm bekannt ist, arbeitet Streetwork für Jugendliche bis 27 Jahre. Er hält dies für erforderlich, um diese jungen Menschen wieder in das normale Leben zu bringen.

Er wünscht sich generell für alle Ehrenamtlichen, die teilweise auch bedürftig sind, dass für diese eine Möglichkeit geschaffen wird, um eine Monatskarte oder die Tickets für die Fahrtkosten in die Einrichtung teilweise erstattet werden.

*Die übrige Darstellung ist der Präsentation zu entnehmen.*

**Frau Bergmann** stellte sich als Referentin der Geschäftsführung des Elisabeth- und Barbarakrankenhauses vor und ihre Kollegin, Frau Brauer, Prokuristin des Krankenhauses.

**Die Präsentation wurde im Session hinterlegt.**

**Frau Bergmann** ging kurz auf die Entstehungsgeschichte des Elisabeth-Tisches ein, welcher seit über 30 Jahren existiert. Da der Orden zurück an seinen Stammhauptstandort Berlin gegangen ist, sind keine Ordensschwwestern mehr da. Diese hatten sich ehrenamtlich um den Elisabeth-Tisch gekümmert, damit musste dieser neu organisiert werden.

Sie stellte die Arbeit und Ziele anhand der gezeigten Präsentation vor und machte deutlich, dass sämtliche Abläufe über das Krankenhaus gesteuert werden. Mit dem Weggang der Ordensschwwestern sind die Kosten für den Elisabeth-Tisch für das Krankenhaus gestiegen.

Nachdem **Frau Haupt** für die Vorträge gedankt hatte, gab sie die Runde für Nachfragen frei.

**Herr Senius** fragte die Bahnmissionsmission, wie sich die Coronapandemie auf die Bahnmissionsmission ausgewirkt hat, also ob ein Anstieg oder Rückgang zu verzeichnen war.

**Frau Müller** antwortete, dass es während der Coronapandemie eine leichte Erhöhung an Gästen gab. Auffallend war, dass die Gäste ruhiger waren und dankbar, dass sie eine Anlaufstelle in dieser Zeit hatten.

**Herr Senius** wollte noch wissen, ob der Bahnmissionsmission bekannt ist, wie viele Gäste über eine Wohnadresse verfügen.

**Frau Müller** erwiderte, dass sich die Gäste nicht ausweisen müssen, es kann Jede/r kommen und insofern sich nur durch evtl. Gespräche herausstellt, wer über eine Wohnung verfügt oder wohnungslos ist. Durch die zeitweise Registrierung der Kontaktdaten während der Pandemie war in der Zeit bekannt, wer über eine Wohnung verfügte oder nicht. Zwischenzeitlich gibt es diese Kontaktermittlung nicht mehr und die Daten wurden vernichtet. Die Gäste kommen anonym zu ihnen.

Außerdem fragte **Herr Senius** zu den erwähnten Betretungsverboten nach, um wie viele es sich durchschnittlich hierbei handelt.

**Frau Müller** sagte, dass es im Jahr maximal 3 bis 5 Verbote gibt, die zeitweise ausgesprochen werden müssen. Hier wird sehr gut mit der Bundespolizei zusammengearbeitet.

**Herr Senius** fragte die Stadtmissionsmission zu dem gewünschten Informations- und Fachaustausch nach, inwieweit das bereits mit den entsprechenden Stellen kommuniziert wurde.

**Herr Wünsch** antwortete, dass ein Fachaustausch stattfindet. Im Jahresbericht wird hierzu auch etwas erwähnt. Er wünschte sich, dass jährlich zweimal Treffen mit dem Fachbereich Soziales stattfinden, um auch Probleme besprechen zu können.

**Frau Brederlow** sagte, dass unter dem TOP Mitteilungen Herr Theiß nachher einiges sagen wird. Sie hob hervor, dass Herr Wünsch das Thema der Ü 27-jährigen angesprochen hat und sich ihr Geschäftsbereich auch seit längerer Zeit damit beschäftigt. Wenn freie Träger über eine EU-Förderung, also ein bestimmtes Programm, damit beginnen, ist das lobenswert. Wichtig sind dabei, welche Erfolge man damit erzielt. Herr Theiß nimmt den Wunsch nach

Evaluierungs- und Trägergesprächen mit in den Fachbereich Soziales, sodass man sich zu gegebener Zeit dazu verständigen wird.

**Frau Jacobi** regte an, dass bei der aufsuchenden Hilfe für die Ü 27-jährigen, eventuell auch der „Wärmebus“ eine Rolle spielen kann, da diese bereits Erfahrung mit Personen über 27 Jahren sammeln konnten. Sie fragte, ob es da einen Kontakt gibt und es vorstellbar wäre, so zu agieren.

**Herr Wünsch** sagte, dass der sogenannte „Kälte- oder Wärmebus“ eine Anlaufstelle für Bedürftige ist, welche aber nicht dem entspricht, was er unter der Betreuung von über 27-jährigen versteht. Der Bus wird von privaten Initiatoren betrieben, welche sich bemühen, Bedürftigen ein warmes Essen und Kleidung zu bieten.

**Frau Müller** ergänzte, dass positiv hervorgehoben werden muss, dass aufgrund eines privaten Engagements diese Anlaufstelle angeboten wird. Es findet aber keine Betreuung durch Sozialarbeiter/-innen vor Ort statt.

**Frau Haupt** fragte, ob sich die Verteuerung von Lebensmitteln bemerkbar macht, indem mehr Gäste die Anlaufstellen mit einer Essensversorgung nutzen.

**Frau Müller** sagte, dass Anfang des Monats, wenn es gerade die finanziellen Hilfen gegeben hat, weniger Gäste zur Bahnhofsmission kommen. Ansonsten ist der Zulauf wie bisher geblieben.

Durch **Herrn Wünsch** wurde angesprochen, dass die Lieferungen von halleschen Tafeln weniger geworden sind, vor allem gab es kaum Brot, die großen Sponsoren spenden weniger als vorher.

**Frau Bergmann** stellte für den Elisabeth-Tisch fest, dass es nicht weniger geworden ist. Auch ukrainische Flüchtlinge sind bei ihnen zu Gast.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Haupt** dankte allen Vertreter/-innen für deren Einblicke und wünschte ihnen weiterhin eine gute Arbeit mit dem entsprechenden Durchhaltevermögen und bot an, dass sich diese bei Unterstützungsbedarfen oder Problemen bei den Stadträt/-innen melden können

## zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

### zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße Vorlage: VII/2022/03913

---

**Frau Haupt** beantragte Rederecht für die beiden Vertreter des Behindertenbeirates: Herrn Lippek und Herrn Reichert und ließ hierzu abstimmen. Beiden wurde das Rederecht einstimmig erteilt.

**Frau Haupt** sagte, dass der Antrag entstanden ist, da dieses Thema auch im Behindertenbeirat eine Rolle gespielt hat. Sie führte kurz in den Antrag ein.

**Herr Lippek** sagte, dass sie Beide seit 2020 im Behindertenbeirat beratend mit tätig sind. Gerade in der Gastronomiebranche in der Sternstraße ist Behinderten aufgefallen, dass es

für sie schwierig ist, auf ein WC zu kommen, da sich viele im Keller befinden oder so stark verwinkelt sind, dass dies für stark Gehbeeinträchtigte kaum nutzbar ist. Deswegen wurde dies im Behindertenbeirat besprochen und vorgeschlagen, ob es die Möglichkeit einer Prüfung gibt, dass an einem Ende der Sternstraße oder in der Nähe der Sternstraße ein behindertengerechtes WC geschaffen werden kann.

**Frau Haupt** bat die Verwaltung um deren Sichtweise, da die Stellungnahme negativ ausgefallen war.

**Frau Brederlow** dankte Herrn Lippek für dessen Ausführungen und machte darauf aufmerksam, dass der Vorschlag aus dem Behindertenbeirat ein anderer ist, als es dem Antrag zu entnehmen ist. Laut Antrag soll die Möglichkeit geprüft werden, in der Sternstraße ein behindertengerechtes WC einzurichten, sodass hierfür nur die Lokale infrage kämen. Das sind Wirtschaftsbetriebe, bei denen die Stadt nur eine Anregung geben kann.

Sie wies auf die Anregung aus dem gestrigen Hauptausschuss hin, dass das Stadtmuseum, welches in unmittelbarer Nähe der Sternstraße ist, entsprechende Toiletten vorhält, die genutzt werden können. Es müsste dann ein entsprechendes Leitsystem eingerichtet werden, damit dies auch gefunden wird. Nachteil hierbei ist, dass die Nutzung von den Öffnungszeiten des Stadtmuseums abhängig ist, sodass dies nur ein eingeschränktes Angebot von Seiten der Stadtverwaltung wäre.

**Herr Lippek** ging auf einen Passus im Antrag ein, dass die Lokalbetreiber in die Pflicht genommen werden sollen, welches seitens des Landes vor vielen Jahren aufgeweicht wurde, da die Gefahr des Aussterbens von Lokalitäten gesehen wurde. Für einen Lokalbetreiber ist es nicht einfach, für ein behindertengerechtes WC ca. 30 bis 40 000 Euro zur Verfügung zu stellen. Aus seiner Sicht heraus, würde dieses Ansinnen so nicht funktionieren.

**Frau Dr. Kreuzfeldt** fragte, ob es die Möglichkeit der Aufstellung eines mobilen WC-Systems geben würde, welches leicht erreichbar wäre und bei dem es keine Öffnungszeiten gibt.

**Frau Brederlow** erwiderte, dass dies geprüft werden müsste, aber nicht Teil des Antrages ist.

**Frau Haupt** sah die Interpretation des Antrages gegeben, dass dies auch infrage kommen könnte. Gegebenenfalls könnte der Antrag auch noch angepasst werden.

**Herr Senius** äußerte, dass die Zielsetzung des Antrages, als auch der Wunsch des Behindertenbeirates, durchaus nachvollziehbar sind. Er sah es ebenso wie die Verwaltung, dass die Umsetzung dem entgegensteht. Deshalb wird sich seine Fraktion, wenn es zur Abstimmung im Ausschuss kommen sollte, enthalten.

Seine Fraktion prüft gegenwärtig, ob ein Änderungsantrag oder ein neuer Antrag gemacht wird, der darauf abzielt, eine höhere Dichte von behindertengerechten Toiletten in der Stadt in das Toilettenkonzept mit einer baldigen Realisierung einzubeziehen. Das wäre aus seiner Sicht der richtigere Weg, als die Einbindung der Gastronomen. Er ging kurz auf das Toilettenkonzept ein, aus welchem u. a. zu entnehmen ist, das „die gesellschaftliche Teilhabe aller Personen und ihre Bedürfnisse durch die Bereitstellung entsprechender Toiletten berücksichtigt und gesichert werden muss.“ Er verwies auf die Anlage 8 dieses Konzeptes, welche Variantenuntersuchungen von Einzel-WC, die behindertengerecht sind, beinhaltet.

**Herr Schachtschneider** sagte, dass er Sympathie für den Antrag hat. Das Geld wird auch in den Lokalen gelassen, Behinderte erhalten keinen Rabatt, müssen aber einen Notdurft verrichten, was ihnen aufgrund fehlender behindertengerechter WC nicht möglich ist. Er

wünscht sich hier einen Zusammenschluss der Gastronomen, die dann mit ihrer Idee auf die Stadt zukommen. Wenn es in der Innenstadt einer Großstadt nicht möglich ist, solch eine Möglichkeit zu schaffen, ist dies nicht gerade „ein Aushängeschild“ für diese Stadt. Auch das Stadtmarketing sollte mit ins Boot geholt werden, da diese hier ebenso gefragt sind.

**Herr Bönisch** fragte, ob im Behindertenbeirat generell das Problem angesprochen wurde oder explizit nur über die Sternstraße gesprochen worden ist. Es entsteht damit der Eindruck, dass das Problem nur in der Sternstraße existiert.

**Herr Lippek** sagte, dass es auch andere Gastronomiebereiche gibt, wo die Problematik besteht. Aber tatsächlich wurde im Behindertenbeirat nur über die Sternstraße gesprochen. Er fand es positiv, dass zumindest schon erreicht wurde, dass jetzt über die Problematik gesprochen wird und ist gespannt, was sich hier tun wird.

**Frau Haupt** sagte, dass sie den Antrag auf die nächste Sitzung vertagt. Ihre Fraktion wird nochmal über die Problematik reden und ggf. den Antrag ändern.

**Herr Lippek** bot an, bei Fragen dazu zur Verfügung zu stehen, damit im Vorfeld bereits einiges geklärt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten in Absprache mit den Gastronomen der Sternstraße bestehen, um eine barrierefreie, behindertengerechte Toilette in der Sternstraße vorzuhalten.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle  
Vorlage: VII/2022/03916**

---

***Antrag auf Wortprotokoll von Herrn Schachtschneider, Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER***

**Frau Haupt**

Wir gehen zum nächsten Antrag. Das ist der Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle und ich hatte vorhin schon gesagt, dass dazu auch die Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag eingebracht hat.

In der Reihenfolge würde ich Ihnen jetzt so vorschlagen, dass erstmal die einbringenden Fraktionen, Herr Schachtschneider hat sich schon gemeldet, der war der erste, dann Herr Bönisch, die dazu etwas sagen und dann würde für die Fraktion DIE LINKE Frau Mackies den Antrag einbringen, in der Reihenfolge erstmal und dann gucken wir weiter.  
Bitte schön.

**Herr Schachtschneider**

Vielen Dank. Ja ich bin eigentlich sehr optimistisch rangegangen, als wir den Antrag formuliert haben, die CDU ist uns beigesprungen und hat den Antrag noch wirklich gut ergänzt bzw. noch erweitert und dann habe ich eigentlich gedacht, und so war es auch, dass

dieser Antrag den Stadtrat durchläuft. Denn es ist ein brennendes Problem und ich meine, das kann man nicht weg reden, das kann man auch nicht schönreden, man kann natürlich über Begriffe sich streiten, was ist eine Bande und wir haben ja die Definition gehört und ich muss ganz ehrlich sagen, da schäme ich mich eigentlich so ein bisschen, auch für die Außenwirkung, die wir als Stadtrat oder Teile des Stadtrats da abgeben, wenn ich mich über den Begriff Bande streite und das Problem als solches erstmal leugne.

Und ich wollte, also die Diskussion, also es soll jetzt nicht so klingen, als ob die Demokratie sich jetzt verabschiedet hier bei uns, nein, ich habe eigentlich die Dringlichkeit und den Handlungsbedarf gesehen und wir wissen ja alle, wie lange das dauert, wenn das dann durch den Ausschuss Runden dreht und vielleicht dann nochmal vertagt wird und da nicht und da vergeht viel Zeit. Und in dieser Zeit könnte eigentlich Stadtverwaltung, zusammen vielleicht auch mit dem Stadtrat und der Polizei, natürlich schon längst arbeiten, dieses Konzeptes oder Sicherheitskonzeptes, um den Namen möchte ich mich gar nicht streiten.

Wir haben ein Problem mit Bandenkriminalität und das muss man wirklich sagen, es sind junge Leute, ich möchte auch gar nicht in Nationalitäten oder so was, gar nicht, es sind auch viele Deutsche dabei, es sind andere dabei, die vielleicht nicht in Deutschland geboren sind, aber trotzdem deutsche Staatsbürger jetzt sind und da ist es nicht mehr, diese kleinen Meckereien, diese kleinen Hänseleien, sondern es geht jetzt richtig ans Eingemachte. Also das heißt, wenn junge Menschen, ich sage mal, fast bis auf die Unterwäsche ausgezogen und alles, wessen man habhaft werden kann, denen weggenommen wird, das ist schon eine Nummer. Wenn dann noch Waffen im Spiel sind, dann ist das für mich eine Runde größer. Und wenn das in gewissen Problemvierteln, ich weiß, da wurde damals viel gesagt und viel getan, passierte, dann hat man das eigentlich immer so ein bisschen auf das Viertel, auf die soziale Schicht usw. alles zusammen geschoben. Jetzt haben wir das mitten auf dem Marktplatz, wir haben es zu Tageszeiten, und ich meine, wenn dann wirklich Bürger kommen und das war ein Nachbar von mir, der fragte: Ich habe jetzt gelesen, da ist jemand auf dem Marktplatz überfallen worden. Ich wollte eine größere Summe von der Commerzbank abholen, wann wäre denn die beste Zeit?“ Die kann ich natürlich nicht liefern. Also ich habe natürlich geraten, also das solche Einzelfälle natürlich nicht typisch sind, aber es ist schon erschreckend, welches Bild dann abgeht.

Ja, zum Antrag als solches. Sie haben sicher gelesen und das ist bei Weitem nicht alles an Meldungen über die Presse, die Presse hat es titulierte „Kriminelle Banden terrorisieren“ usw. und jetzt geht es soweit, das wir nicht bloß dieses Gefühl der Unsicherheit und das ist ja immer ein großes Gefühl, wenn man sich nicht wohlfühlt, dunkle Straße, jeder kennt das vielleicht, der eine oder andere hat es vielleicht bei irgendwelchen Krimifolgen oder sowas, wo noch alles gespielt ist, aber wenn es in der Wirklichkeit passiert, ist es natürlich ein Umstand, den ich nicht erleben möchte. Jetzt kommt ja noch dazu, dass die Bewaffnung und die Bewaffnung, das ist jetzt nicht nur der Teil der Jugendlichen, die diese kriminellen Straftaten, sondern auch die andere Seite aus Schutz bewaffnet sich und da kommen wir jetzt in eine Sache rein, wo man sagt: Ist denn jeder Jugendliche, der hier abends durch die Straßen zieht, vielleicht auch in einer größeren Gruppe, vielleicht auch bewaffnet? Wir haben Waffenverbotszonen an einigen Stellen eingerichtet, ob die sich bewährt oder nicht bewährt, das möchte ich heute hier nicht erörtern. Aber es ist keine Sache, die ich eigentlich in dieser Stadt hier erleben möchte.

Und wie gesagt, ich bin geborener Hallenser, ich habe solche Zeiten, dass man egal was oder egal mit wie vielen Leuten hier sich nicht sicher von A nach B bewegen kann, habe ich nicht erlebt. Und wenn das Thema jetzt sogar schon nach außen solche Wellen schlägt, dass der Innenausschuss des Landtages sich schon mit dem Problem „Banden in Halle“ beschäftigt, ist das gerade auch nicht wieder ein positives Marketing für unsere Stadt.

Die Stadt Stuttgart und da möchte ich jetzt mal etwas zitieren, Stuttgart natürlich wesentlich größer, könnte man jetzt sagen, aber die hat genau so ein Sicherheitskonzept gemacht. Und

die hat natürlich auch das, was teilweise von einigen bemängelt wurde, auch die Prävention, aber sie hat auch die Repression und sie hat auch zum Beispiel die Videoüberwachung, sie hat verschiedene Stufen und sie wollen natürlich in erster Linie, so hat es der Polizeipräsident formuliert, deeskalierend wirken, präventiv wirken, aber, wenn das Ganze nicht zieht, sollen auch ordnungsrechtliche Schritte eingeleitet werden.

Und da sind wir wieder bei Kompetenzüberschreitung, wir sind nicht dafür zuständig. Nein, wirklich eine Hierarchie, das, was wir tun können, tun wir, im Zusammenspiel mit den anderen Partnern und ich verstehe auch nicht, Frau Wernicke soll das geäußert haben, ich war nicht zugegen im Ordnungsausschuss, also ich zitiere mal so nach meinem Vernehmen: Es gibt nicht die eine Bande. Ich kann mich noch erinnern, dass einige überhaupt von Banden nichts gehört haben und wenn die Polizeichefin von Halle sagt, es gibt nicht die eine Bande, dann hat man ja doch mehr Wissen, als es vielleicht preisgegeben wurde. Und da denke ich, ist wirklich dringender Handlungsbedarf.

Ich möchte vielleicht auch dem Stadtrat noch eins. Das ist eine Kollegin aus dem Stadtrat, die hat gleich am 3. Mai, also kurz nachdem es im Stadtrat dann in die Ausschüsse verwiesen wurde, geschrieben: Also mit dem Sicherheitskonzept, wir brauchen überhaupt nicht, wir brauchen Sicherheit, ich weiß nicht, was an dem widersprüchlich ist. Und der letzte Satz war: Fürs erste würde es allerdings reichen, wenn die Polizei endlich für Sicherheit auf der Peißnitz garantiert. Ich muss Ihnen sagen und ich denke, da spreche ich auch im Namen vieler Hallenser, das reicht mir nicht. Nur die Peißnitz sichern oder die Wege dorthin, das ist nicht ausreichend. Unsere Stadt soll wieder unsere Stadt sein, die soll sicher sein, egal für Jung oder Alt oder für Leute, die jetzt hier als Touristen tätig sind. Und ich denke, man kann diesem Antrag nur zustimmen, man kann natürlich alles immer verbessern, vielleicht die eine oder andere Sache, die man nicht bedacht hat, noch hinzufügen, aber grundlegend müsste jeder eigentlich diesem Antrag zustimmen können. vielen Dank.

**Frau Haupt**

Als nächster Einbringer Herr Bönisch...  
*Unverständlich, keine Tonaufnahme*

**Herr Bönisch**

Na ich denke, ich muss dieser eindringlichen Rede von Herrn Schachtschneider nicht vieles hinzufügen. Ich will nur auf jeden Fall sagen, dass der Änderungsantrag aus meiner Sicht, aus unserer Sicht keiner ist. Der greift eigentlich die Intention, die unser Antrag, unser gemeinsamer Antrag hat, wenn überhaupt, dann nur zwischen den Zeilen auf. Es ist eigentlich ein anderer Antrag. Im Landtag gibt es da so eine schöne Methode, da sagt man, das heißt Alternativantrag und da macht man das und dann stimmt man das durch. Aber wir haben dieses Instrument dieses Alternativantrages nicht, es ist insofern, aus meiner Sicht, ein eigenständiger Antrag, der dann eigenständig auch zu behandeln wäre und deshalb möchte ich, dass wir hier Geschäftsordnungsgemäß feststellen, dass das gar kein Änderungsantrag ist. Danke.

**Frau Mackies**

Ja, ich weiß nicht, ob zuerst die rechtliche Frage geklärt werden soll oder das können wir auch danach dann noch klären.

**Frau Haupt**

*Unverständlich, keine Tonaufnahme.*

**Frau Mackies**

Ich weiß nicht, ob es ein Geschäftsordnungsantrag war, er hat es nicht so benannt, aber.

**Herr Bönisch**

Wir haben ja diese, wenn man den Katalog unserer Geschäftsordnungsanträge hernimmt, dann ist dieser dort nicht mit dabei. Der Sachverhalt ist aus meiner Sicht neu. Es wäre eigentlich jetzt tatsächlich so, dass wir hier inhaltlich darüber reden könnten, was der eine oder andere Antrag bedeutet. Ich würde Sie dann eigentlich nur auffordern, Frau Mackies oder Frau Haupt, wer das jetzt in Ihrem Namen macht, diesen Antrag zurückzuziehen und als gesonderten Antrag einzubringen in einer der nächsten Sitzungen. Es gibt ja keine große Dringlichkeit.

Ich denke aber, was Herr Schachtschneider hier vorgetragen hat, zeigt, dass das, was jeder in den Fokus stellt und insbesondere ja fordern wir mit diesem Antrag, dass das jetzt gerade nicht das geeignete Mittel ist. Natürlich ist das immer gut, Prävention und wenn Sie jetzt schreiben, dort sind Leute, die sozialkulturelle Einrichtungen sind geschlossen worden und deshalb haben wir jetzt das Problem. Das ist falsch. Also ich bin sicher, dass jedenfalls viele, von denen, die heute in Gewaltbereitschaft auf der Straße unterwegs sind, nicht in irgendwelche Einrichtungen vorher gegangen sind oder gehen.

Ich habe auch, wir haben auch in unseren Gremien auch durchaus ein Gespräch mit der Polizei gehabt, dass ist tatsächlich eine eskalierende Situation, wo natürlich schnell Einhalt geboten werden muss. Ich bin auch gespannt auf die Stellungnahme der Stadt.

Ich würde Sie insofern vielleicht lieber auffordern, mir fällt jedenfalls jetzt kein Geschäftsordnungsantrag ein, der das zum Inhalt hat, dass das gar kein Änderungsantrag ist.

Ich würde Sie jetzt auffordern, darüber nochmal nachzudenken und einen gesonderten Antrag einzustellen. Dagegen ist ja gar nichts zu sagen, die Intention, die Sie verfolgen, ist ja auch gut, aber es ist eben nicht die, die unser Antrag eigentlich meint.

#### **Frau Haupt**

Gut. Also ich denke, Geschäftsordnungsantrag, genau da etwas zu finden, da gebe ich Ihnen Recht. Man kann anderer Meinung sein, das ist ja legitim.

Ich würde jetzt so vorschlagen, dass wir den erstmal einbringen und eine rechtliche Bewertung oder von der Verwaltung, das weiß ich jetzt nicht, ob wir das jetzt können, weil wir den gestern eingestellt haben. Wir müssten den heute einfach abstimmen, denke ich und dann gibt es ja noch Gelegenheit in den anderen Ausschüssen und im Stadtrat darüber zu reden. Aber ich denke, es ist legitimes Recht, dass wir einen Geschäftsordnungsantrag, so wie wir das meinen, einbringen, weil wir auch geschrieben haben. Wir wollen, das wird Frau Mackies sagen, den Beschlussentwurf ja völlig, wir sehen den anders und wollen den ersetzen.

Aber ich würde ihr jetzt erstmal das Wort geben, ehe ich hier lange rede.

#### **Frau Mackies**

Vielen Dank. Genau, also den Gefallen tun wir Ihnen leider heute hier nicht, Herr Bönisch, zurückziehen werde ich ihn nicht. Es ist ein Beschlussvorschlag, ein Änderungsantrag, dahingehend, dass der Beschlussvorschlag geändert werden soll. Die Thematik bleibt gleich.

#### **Herr Bönisch**

*Zwischenruf, unverständlich, keine Tonaufnahme.*

#### **Frau Mackies**

Herr Bönisch, ich bin dran. Ich habe Ihnen zugehört und jetzt hören Sie mir bitte zu.

#### **Herr Bönisch**

Ja, ja, ja.

### **Frau Mackies**

Also, unser Änderungsantrag geht in eine andere Richtung, nicht destotrotz, die Thematik ist natürlich auch uns bewusst und auch an uns sind viele Menschen der Stadt herantreten, die besorgt sind aufgrund der Entwicklung, so wie sie wahrgenommen wurde in den letzten Wochen. Obwohl man vielleicht auch sagen muss, in den letzten Tagen und Wochen ist es auch schon wieder, ist es schon wieder weniger geworden, was die Berichte betrifft über derartige Übergriffe.

Generell ist es natürlich schon immer ein Problem gewesen und nicht ein Problem der letzten Jahre, man kann sagen, der letzten Jahrzehnte. Jugendkriminalität gehört zu einer Gesellschaft dazu, die hat verschiedene Gründe, oftmals zusammenhängend mit prekären sozialen Verhältnissen, mit Armut, gerade die Kinderarmut ist in Halle ganz besonders groß. Ungerechte Verteilung, Strukturen, das sind alles Auslöser, das sind alles Gründe, für die Entwicklung von Kriminalität und auch für das Entstehen von Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung, gerade unter jungen Menschen.

Die Wünsche, die junge Menschen in Halle haben, die waren in den letzten Jahren immer nicht so das Oberste, um das sich bestimmte Fraktionen gekümmert haben im Stadtrat, da ging es eher darum, sie zu verdrängen, sie irgendwo aus der Stadt heraus zu haben, aus sicheren Stadtteilen weg zu bekommen. Aber höhere Repressionen und höhere Überwachungen, das sind alles kein Ansatzpunkt, die tatsächlich Kriminalität verhindern. Die Kriminalität wird dadurch nicht verhindert, sie wird dadurch verdrängt. Das sieht man an der Drogenkriminalität, die dann eben nicht mehr auf dem Riebeckplatz stattfindet, sondern dann verdrängt wird in den Stadtpark. Das sind, Herr Bönisch, da können Sie mit den Augen rollen, das sind einfach soziologische Erkenntnisse, es ist so, es wird verdrängt.

Was hilft ist Prävention. Prävention, die sehr früh ansetzt, die sehr direkt ansetzt und deswegen baut auch unser Jugendstrafrecht und unsere Jugendprozessordnung in Deutschland baut ganz explizit auf Prävention. Deswegen gibt es da keine harten Strafen, deswegen gibt es da soziale Arbeit, deswegen wird mit den jungen Menschen gearbeitet, die werden in ein Leben hineingeführt, indem sie nicht mehr straffällig sind. Genau darauf sollten wir auch setzen, Prävention. Weil, nur Prävention verhindert Kriminalität. Repression und Überwachung verdrängt Kriminalität.

Deswegen setzen wir in unserem Änderungsantrag auf andere Konzepte, wir wollen verschiedene Strukturen beleben, den Präventionsrat, den Polizeibeirat, wir wollen den Kinder- und Jugendrat da unbedingt mit einbeziehen. Wir wollen uns die Beleuchtungskonzepte dabei mit angucken, das sind eben die Fragen von Kindern oder von jungen Menschen, die sich unsicher fühlen, weil sie in dunklen Gegenden sich treffen müssen, wo es keine ordentliche Beleuchtung gibt. Die Einbeziehung von Nutzer/-innengruppen bei Planungs- und städtebaulichen Projekten, das heißt, wenn wir in unserer Stadt neu bauen, dann muss auch das Sicherheitskonzept mit einbezogen werden, muss immer mitgedacht werden, soziale Rahmenbedingungen in der öffentlichen Infrastruktur, das ist das, was ich eben gerade gesagt habe und insbesondere auch im Hinblick auf Schulsozialarbeiter/-innen und Streetworker/-innen. Danke.

*Unverständliche Zwischenrufe*

### **Frau Haupt**

Ich weiß, das ist ein emotionales Thema, aber ich bitte wirklich, dass wir immer erst ausreden lassen. Es ist einfach ein Gebot.

### **Herr Bönisch**

Wir sind hier doch nicht im Kindergarten....

**Frau Haupt**

Moment, Herr Bönisch, Sie sind jetzt nicht dran, Herr Bönisch, nein, Sie haben jetzt nicht.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Frau Haupt**

Nein, ich erteile das Wort.

**Herr Bönisch**

Wenn mir jemand dazwischen plappert, dann...

**Frau Haupt**

Herr Bönisch, Sie sind jetzt nicht dran. Jetzt ist Frau Brederlow dran, die für die Verwaltung nochmal zu dem Antrag etwas sagen will. Auf meiner Rednerliste sind dann Frau Jacobi, Herr Schachtschneider. Frau Wünscher und Herr Heym. Habe ich jetzt jemanden übersehen? Das war erstmal das, was ich jetzt habe. Jetzt ist Frau Brederlow dran.

**Frau Brederlow**

Ja, vielen Dank Frau Haupt. Ja, mir fällt es auch schwer, den Antrag der LINKEN als einen Änderungsantrag zu dem Ursprungsantrag zu sehen, weil der eine zielt auf die Situation hin, die bereits entstanden ist, also, wo tatsächlich Kriminalität stattfindet, ein entsprechendes Sicherheitskonzept zu haben. Der Antrag der LINKEN eher auf dem präventiveren Bereich, natürlich auch hin bis zum möglichen straffällig werden von Jugendlichen, der würde aus meiner Sicht auch komplett in den Jugendhilfeausschuss gehören, muss ich jetzt mal so ganz deutlich sagen an der Stelle.

Ich finde ihn sympathisch, ja, aber bezogen auf den Ursprungsantrag schwierig, dass gemeinsam hier zu behandeln. Das möchte ich jetzt mal aus meiner Sicht sagen, auch wenn die Zielrichtung sicher nachvollziehbar ist.

Zu dem Antrag von Hauptsache Halle & FREIE Wähler und der CDU.

Die Stadtverwaltung ist ja momentan dabei, zumindest an einem Platz, dieses Thema aufzugreifen. Das ist die Peißnitz. Sie haben ja richtigerweise, in dem Fettgedrucktem, insbesondere die Aspekte, die Sie da aufgreifen, wir haben in der Kinder- und Jugendstudie, in der Jugendstudie ja tatsächlich diese Aussage von Jugendlichen, dass sie sich an verschiedenen Stellen in der Stadt unsicher fühlen. Und das ist sehr ernst zu nehmen, deswegen haben wir das in der Jugendhilfeplanung auch aufgenommen, das Thema Prävention. Das ist etwas, was momentan tatsächlich an der Stelle Peißnitz versucht wird.

Wo ich Ihnen Recht gebe, ist auch dieses Thema Beleuchtung, wir haben verschiedene Ecken in Halle, wo die Beleuchtung, wo es keine Beleuchtung gibt. Auch das ist im Stadtrat auch immer wieder diskutiert worden, dass das also auch Orte sind, wo sich die, um die es uns auch im Sozialausschuss geht, also insbesondere auch Ältere, behinderte Menschen nicht sicher fühlen und die sie gern meiden. Also insofern ist da tatsächlich, denke ich, Handlungsbedarf aus meiner Sicht. Der 24 Stunden Dienst wird ja jetzt installiert, da sind wir gespannt, wie die Wirkung am Ende sein wird.

Was wir auseinanderhalten müssen, ist aber tatsächlich: Welche Möglichkeiten hat die Stadt, die Stadtverwaltung und wann ist tatsächlich die Polizei gefragt? Also das muss man schon ganz klar auseinanderhalten. Natürlich gibt es da eine Zusammenarbeit, insbesondere des Fachbereiches Sicherheit mit der Polizei. Was ich auch richtig finde, den Präventionsrat hier nochmal in seinen Aufgaben mit einzubinden und ja, er muss seine Arbeit aufnehmen, Frau Haupt, das ist es, das meine ich damit. Das wäre auch so ein Punkt und die entsprechenden

unterschiedlichen Zuständigkeiten auch innerhalb der Stadtverwaltung, also die Zusammenarbeit Ordnungsamt, Streetwork ist gegeben, aber die Streetworker haben ein anderes Ziel. Die haben tatsächlich eher den präventiven Auftrag. Also wenn Straffälligkeiten stattfinden, dann rufen auch die die Polizei und es ist nicht ihr Job, dagegen vorzugehen.

Also insofern ist der Antrag, ich sage mal so, in Bearbeitung. Es finden ja auch in den Ausschüssen Klimaschutz, Umwelt, Ordnung usw. nochmal eine Beratung statt, wo auch die entsprechenden Akteure dabei sein werden. Also die, die in der Stadtverwaltung in diesem Bereich Hauptakteur sind, nämlich Fachbereich Sicherheit und sicherlich auch die Polizei.

Wir werden das Thema auch im Jugendhilfeausschuss haben und im Jugendhilfeausschuss haben wir nicht umsonst per Bundesgesetzgeber auch die Polizei mit vertreten, eben weil es dort auch um dieses Thema gehen soll. Wir werden auch im Jugendhilfeausschuss zu diesem Thema uns verständigen, da wird auch sicherlich nochmal dieses ganze Thema: was sind die Aufgaben Streetwork, was machen die an der Stelle? Was nehmen die wahr? Die sind da sehr ehrlich. Also wir nehmen die Probleme der Jugendlichen, die Ängste der Jugendlichen da auch auf und auch die Polizei und sicherlich auch der Fachbereich Sicherheit, die aktuellen Schritte, die die auch gegangen werden, sicherlich da nochmal darstellen.

Also kurz und gut, ich kann beiden Anträgen etwas abgewinnen, sage ich. Aber für mich muss man sie tatsächlich getrennt beraten, also das ist aus meiner Sicht, mir fällt es einfach schwer, dass irgendwie miteinander zu verbinden.

### **Frau Haupt**

Jetzt in der Reihenfolge wäre das Frau Jacobi, Herr Schachtschneider, Frau Wünscher und Herr Heym und dann gibt es hier noch Frau Weber und Frau Kreutzfeldt, genau.

### **Frau Jacobi**

Ja, Dankeschön. Es waren jetzt so viele Sachen, ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Aber vielleicht erstmal danke an Frau Mackies, dass sie für Leute, die quasi die Erkenntnisse der Rechtswissenschaften und Sozialwissenschaften nicht so geläufig sind, dass hier nochmal so ganz klar gesagt haben, wie es ist und was man auch anerkennen muss.

Zu Herrn Schachtschneider, also ja, dass Ihre Erwartungen da irgendwie enttäuscht wurden, was Ihren Antrag und den Durchlauf durch den Stadtrat angeht, da kann ich auch, ich kenne das Leid. Weil ich möchte erinnern, wir haben letztes Jahr einen Antrag gestellt zu einer Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Nachtleben“ und hätten Sie dem zugestimmt, dann hätten wir dieses Konzept schon, weil, dann wäre es vermutlich schon in der Umsetzung, weil, genau das war ein Punkt in unserem Antrag. Also, es ist sehr schade, dass Sie quasi irgendwie in ihren parteipolitischen Zwängen immer nur Sachen zustimmen können, die dann irgendwann mal aus ihrer Fraktion kommen.

Also in dem Sinne, die Dringlichkeit, der Handlungsbedarf ist schon da und dass schon viel länger, aber dennoch muss ich Sie korrigieren, also die Kriminalstatistik, die uns Frau Wernicke vorgestellt hat, hat ganz klar gezeigt, wir können hier nicht von Bandenkriminalität sprechen, das ist einfach eine publizistische Aufblähung die hier durch Presse und dann auch noch durch Sie als Stadträte da übernommen wird. Also wir sollten wirklich mal bei den Fakten bleiben und auch, dass es jetzt gestiegen ist, hat die Kriminalstatistik nicht gezeigt. Sie hat ganz klar gesagt, wir reden sogar fast von der Hälfte der Straftaten im Vergleich zu den 90iger Jahren oder den Anfang 2000er, also es ist wirklich mit einem Rückgang zu tun. Und, also die Lebensqualität unserer Bürger und Bürgerinnen hier in unserer Stadt ist wirklich wichtig und da ein nicht sicheres Nachtleben ist da auf jeden Fall eines der wichtigen Punkte, aber eben auch Prävention und da kann ich auch nur wieder wiederholen, dass unsere Fraktion mit dem Präventionsrat, aber auch mit dem Jugendparlament und eben

auch für die Freiräume für Jugendliche Anträge in den Stadtrat, in die Stadtverwaltung gebracht hat, die noch immer darauf warten, umgesetzt zu werden. Also, das wäre nochmal so ein Appell vielleicht, also es ist eine wichtige Sache, aber wir hätten schon lange Lösungen haben können, wenn Sie Anträge von den MitBürgern und der PARTEI ordentlich lesen, vielleicht.

Und nachdem, was Frau Brederlow jetzt gesagt hat, könnte man ja fast sagen, man kann den Antrag stellen auf Erledigung, es ist ja schon erledigt, die Stadtverwaltung arbeitet mit der Polizei daran, ein Sicherheitskonzept zu erstellen, also ist der Antrag von Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und CDU eigentlich erledigt und es wäre schön, wenn DIE LINKE ihren Änderungsantrag vielleicht nochmal als ordentlichen Antrag einbringt, heißt dann, vielleicht auch mit dem Sicherheitskonzept, was eben auch auf Prävention ausgerichtet ist, dann mal was wird. Danke.

**Frau Haupt**

Das habe ich jetzt aber nicht als Antrag verstanden, den Sie stellen wollen, auf Erledigung.

**Frau Jacobi**

Ach doch, dann mache ich das nochmal. Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung, weil, die Stadtverwaltung macht das ja schon.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Frau Haupt**

Ich habe jetzt aber trotzdem auf der Redeliste, das wollte ich jetzt sagen, nur damit Sie das wissen. Dann müssen wir darüber abstimmen und dann gucken wir weiter.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Frau Haupt**

Das ist aber nach Geschäftsordnung, ich habe es auch irgendwo, ist das erstmal möglich, nach den sieben Punkten, ich finde es nicht gleich hier. Aber Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung kann man... auf Absetzung oder Vertagung, auf Unterbrechung, Nichtbehandlung...naja, ich sehe das nicht ganz so gegeben. Ich wollte nochmal nachgucken, damit ich nichts Verkehrtes mache. Ist der Grund nicht...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Frau Haupt**

Ach Mensch, Leute.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Frau Haupt**

Es ist nicht, jetzt rede ich. Nach der Geschäftsordnung ist der Grund nicht zulässig. Ich habe extra nochmal geguckt, das muss ich fairerweise jetzt sagen. Wenn Sie noch einen anderen haben, aber so kann ich den Geschäftsordnungsantrag nicht annehmen.

So dann, Frau Kreutzer, Frau Kreutzfeld, Entschuldigung.

**Frau Dr. Kreutzfeldt**

Dann würde ich aufgrund der Tatsache, dass das eigentlich in den Jugendhilfe- und den Ordnungsausschuss gehört, würde ich den Antrag stellen, dass dieser Ausschuss für diese Sache nicht zuständig ist.

**Frau Haupt**

Das Problem ist, wir diskutieren, das hätten wir vorhin machen müssen bei der Tagesordnung, das muss ich auch sagen. Und da sind die beiden, aber der Antrag ist vorhin nicht gekommen, insofern haben Sie Recht, aber der Antrag ist vorhin nicht gekommen, also müssen wir jetzt hier durch.

*Herr Bönisch unverständlich, da keine Tonaufnahme.*

**Frau Haupt**

Das geht eigentlich nur, wir haben meinen Stellvertreter hier, bei der Tagesordnung muss das eigentlich gemacht werden. Geschäftsordnungsanträge können jederzeit gestellt werden.

Aber wenn man jetzt, Verweisung in die Ausschüsse, Absetzung einer Angelegenheit von der Tagesordnung oder Vertagung, ja hier steht es, ja das könnte man machen.

**Protokollführerin Frau Rylke**

Verweisen nicht, das kann nur der Stadtrat machen.

**Frau Haupt**

Verweisen ja, der ist ja sowieso schon verwiesen. Also der Geschäftsordnungsantrag wäre möglich, da habe ich mich jetzt geirrt, nur wegen der Tagesordnung, das gebe ich ja zu. Ich habe es ja hier liegen und habe nochmal geguckt, das können wir also nicht machen. Herr Stellvertreter, das müssen wir hier nochmal lernen gemeinsam. Also der Geschäftsordnungsantrag wäre jetzt gestellt. Frau Dr. Kreuzfeldt hat ihn gestellt, Geschäftsordnungsantrag Absetzung der Angelegenheit bzw., ja, Quatsch, und zwar unter Punkt...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Frau Haupt**

Absetzung einer Angelegenheit von der Tagesordnung, oder Vertagung, das können wir machen, Begrenzung der Redezeit, Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung, Widerspruch gegen die Entscheidungen der Vorsitzenden usw., Fortsetzung der Tagesordnung wegen eingetretener Erledigung einer Angelegenheit, das könnte man so auslegen, so habe ich das verstanden. Nichtbehandlung.

*Unverständlicher Zwischenruf.*

**Frau Haupt**

Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit, Übertragung zur Entscheidung an den Oberbürgermeister oder an den zuständigen beschließenden Ausschuss.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Frau Haupt**

Erstmal einer. Frau Dr. Kreuzfeldt hat jetzt den Änd, Quatsch, Geschäftsordnungsantrag gestellt Absetzung von der Tagesordnung, nein, Tagesordnung hatten wir ja schon, nein. Eigentlich ist das auch schwierig. Bitte.

**Herr Helmich**

Frau Kollegin, also ich habe einen Antrag von der Kollegin Jacobi gehört, der ist auch weiterhin möglich. Fortführung der Tagesordnung wegen eingetretener Erledigung einer Angelegenheit, das ist nicht wertend dazu, aber es ist möglich, auch diese Feststellung jetzt zu treffen. Absetzen kann ich von der Tagesordnung nur, wenn ich die Tagesordnung

abstimme und das haben wir ja schon gemacht. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir vielleicht den Geschäftsordnungsantrag der Kollegin Jacobi abstimmen.

**Frau Haupt**

Also Fortführung der Tagesordnung wegen einer eingetretenen Erledigung einer Angelegenheit.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Frau Haupt**

Ja.

**Herr Schachtschneider**

Also dann müsste Frau Brederlow jetzt zu Protokoll geben, dass die Verwaltung genau dieses Sicherheitskonzept anstrebt und das sie schon an der Arbeit sind. Und alleine meine Schlussfolgerung, ich habe herausgehört, ich habe interpretiert, das ist ja vielleicht schon, das ist für mich keine Erledigung. Also dann brauche ich die definitive Aussage der Verwaltung, die im Protokoll steht.

**Frau Haupt**

Frau Brederlow wird antworten.

Wenn man es ganz genau nimmt, nach den Anträgen nach den sieben Punkten, ist das schwierig.

**Frau Brederlow**

Naja, es ist nicht schwierig. Aber ich komme dem Wunsch nach, wenn ich darf, wenn Sie jetzt.

Oder Sie machen erst den Geschäftsordnungsantrag. Aber ich sage es nochmal klar. Ja, die Verwaltung arbeitet an einem Konzept gemeinsam mit der Polizei und in Ihrem Antrag haben Sie ja diese Aspekte, die beinhalten sollen, sollten beinhalten, ob es dann genau das Konzept wird, was Sie sich vorstellen, das wird man dann natürlich zu diskutieren haben in dem zuständigen Ausschuss.

**Frau Haupt**

Gut, dann machen wir das jetzt, dann nehme ich den nochmal auf, wie gesagt, unter dem Aspekt, was jetzt die Verwaltung gesagt hat, gibt es jetzt den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung, Weiterbehandlung, also die Diskussion mit dem...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Frau Haupt**

Es gibt, also wie gesagt, wir haben gesagt, es ist ein bisschen schwierig, aber es gibt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache und Abstimmung. Machen wir es so? Noch eine Frage?

**Herr Heinicke**

Ja, ich habe jetzt wirklich mal eine Frage. Selbst wenn es so durchgehen sollte, dass jetzt die Tagesordnung weitergemacht wird wegen Erledigung, dann gibt es diesen Tagesordnungspunkt nicht. Dann heißt das für mich zum Verständnis, den Änderungsantrag gibt es dann auch nicht mehr, weil, es kann ja nichts geändert werden?

**Frau Haupt**

Nein, wenn wir jetzt den Punkt absetzen, wird Beides abgesetzt.

**Herr Heinicke**

Das war jetzt meine Verständnisfrage, danke.

**Frau Haupt**

Ein Änderungsantrag kann ja nicht allein behandelt werden, das gilt jetzt für beide. Ich suche jetzt nur nach dem Grund für diesen Geschäftsordnungsantrag, weil wir uns nicht einig waren, wie wir den jetzt benennen.

Also, Geschäftsordnungsantrag Fortführung der Tagesordnung wegen eingetretener Erledigung einer Angelegenheit, das ist ja jetzt was nochmal gesagt wurde, was hier bestätigt wurde. Das heißt, Frau Jacobi, diesen Geschäftsordnungsantrag den stellen Sie jetzt so, damit wir das für das Protokoll wissen, was Sie jetzt stellen, ja?

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Herr Schachtschneider**

Also das würde ich jetzt zum Protokoll geben, die CDU wahrscheinlich auch? Der ist nicht erledigt.

*Frau Jacobi unverständlich.*

**Frau Haupt**

Es gibt jetzt erstmal den Geschäftsordnungsantrag. Wir haben jetzt die Begründung gefunden in den sieben Punkten, weil das nicht ganz so einfach war. Den Geschäftsordnungsantrag muss ich jetzt erstmal abstimmen lassen und das würde ich jetzt tun.

Und bitte jetzt die Stadträte um ihr Votum, ob Sie diesem Antrag, den Frau Jacobi jetzt gestellt hat, zustimmen wollen oder nicht. Dann bitte ich jetzt um das Handzeichen.

1,2,3,4. Wer ist dagegen? 4 und Enthaltungen? Damit ist es eine Pattsituation, der Antrag ist nicht angenommen. Und dann können wir jetzt weitermachen.

Ich habe jetzt, noch ein GO Antrag war jetzt nicht, na, die waren ja jetzt alle zurückgezogen. Das heißt, wir machen jetzt weiter in der Tagesordnung und Herr Schachtschneider, Sie hatten ja noch nicht gesprochen?

**Herr Schachtschneider**

Nein.

**Frau Haupt**

Sie sind dann dran. Dann Frau Wünscher, Herr Heym, Frau Weber und Frau Dr. Kreuzfeldt.

**Herr Schachtschneider**

Ja, vielen Dank. Frau Jacobi, Sie werden mich jetzt nicht dazu bringen, dass ich mich jetzt vielleicht auch noch despektierlich über Sie oder über die Partei, DIE PARTEI heißt oder über Ihre Anträge, also ich lese schon so ziemlich vieles, vielleicht auch mal die eine oder andere Seite nicht. Also ich finde, das ist auch kein Umgangston, wenn man hier Leuten irgendwelche Unterstellungen macht, die man letzten Endes auch nicht nachweisen kann. Ich finde es natürlich lustig, wenn Sie jetzt sagen, dass dieser Nachtbürgermeister dann auch am Tage tätig war, aber ich glaube, es gibt ein Arbeitszeitgesetz. Wenn der tagsüber für Sicherheit gesorgt hätte, also hätten wir das gewusst und vielleicht haben wir das überlesen in Ihrem Konzept und ich glaube, da vergleichen wir Äpfel mit Birnen und das ist spaßig, lange nicht gelacht und wir waren doch ein bisschen erstaunt.

Nein, jetzt eine ernsthafte Sache. Frau Mackies, also ich schätze ja auch viele Anträge, die von Ihnen und ich sage auch gar nicht, dass der schlecht ist, aber es war eigentlich immer Gepflogenheit, wenn man einen Antrag ändert, dass man auch das. Wenn ich Ihren Antrag



- Das Konzept wird aufgrund der angespannten Sicherheitslage umgehend erstellt und der Stadtrat wird über **den Zwischenstand** dieses im Mai 2022 informiert.

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

**zu 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle (VII/2022/03916)  
Vorlage: VII/2022/04122**

---

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt erarbeitet ein präventives Ordnungs- und Sicherheitskonzept, das das Problem zunehmender Gewaltbereitschaft in Halle in den Fokus stellt. Das Konzept folgt dem Ansatz, dass die Ursachen hierfür komplex sind und sich nicht eindimensional erklären lassen. Besonders die Gewalt unter Jugendlichen verstärkte sich in der letzten Zeit. Auch Fälle von häuslicher Gewalt nahmen zu. Seit Jahren ist Halle zudem einer der Schwerpunkte rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Die Prävention und deren zielgerichtete Koordinierung durch aktive Netzwerkarbeit müssen einen festen Platz in der Sicherheits- und Ordnungspolitik der Stadt erhalten. Es muss darum gehen, berechnete Ordnungs- und Sicherheitsinteressen von Einwohner\*innen und die Suche - meist junger Menschen - nach Freiräumen möglichst ohne Repression miteinander in Einklang zu bringen, um diesem komplexen Thema tatsächlich gerecht zu werden.

In dem Konzept sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

1. Vernetzung verschiedener Strukturen durch ein aktives Wirken des Präventionsrates, die Wiederbelebung des Polizeibeirates, die Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen
2. zügige Umsetzung der Maßnahmen des Beleuchtungskonzeptes
3. frühzeitige Einbeziehung von Nutzer\*innengruppen bei Planungen städtebaulicher Projekte
4. vielfältige Begegnungs-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten auf den städtischen Freiflächen für die unterschiedlichen Nutzer\*innengruppen
5. Die sozialen Rahmenbedingungen müssen mit der öffentlichen Infrastruktur in der Stadt verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf Schulsozialarbeiter\*innen und Streetworker\*innen vor Ort.

**zu 7            Mitteilungen**

---

**zu 7.1        Stand ukrainische Flüchtlinge**

---

**Herr Theiß** teilte mit, wie der derzeitige Stand zu den ukrainischen Flüchtlingen ist. Er informierte, dass mit heutigem Stand 3.890 registrierte Flüchtlinge in der Stadt Halle sind, davon sind 3705 ukrainische Staatsbürger und 185 Drittstaatler, die noch nicht den dauerhaften Status haben.

Aktuell werden Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für 3505 Personen gewährt. Das war innerhalb von zwei Monaten eine Vervierfachung des üblichen Fallaufwuchses.

Zum 01.06.2022 wechselt entsprechend der Gesetzgebung dieser Personenkreis zum SGB II in das Jobcenter, dies gestaltet sich etwas langfristiger, sodass der Fachbereich Soziales keine große Entlastung erfahren wird. Die Flüchtenden werden grundsätzlich immer den Weg über den Fachbereich Soziales nehmen, bis der Aufenthaltstitel erteilt wird. Im Rahmen der Grundsicherung im Alter, Kapitel 4, werden ca. 300 Personen aufgrund ihres Alters weiterhin im Fachbereich Soziales verbleiben.

In das SGB XII, Kapitel 3 wechseln ca. 350 bis 400 Personen, diese bleiben also ohnehin im Leistungsbezug des Sozialbereiches.

Neben der Regelleistung wird auch Wohnraum zur Verfügung gestellt. Ein großer Teil von Geflüchteten ist nach wie vor privat untergebracht. Die Stadt hat mit verschiedenen Vermietern Mietverträge geschlossen, vor allem mit der HWG und GWG, aber auch mit Genossenschaften. 368 Mieterträge wurden bisher abgeschlossen. Die Wohnungen sollen ausgestattet werden, sodass 227 Wohnungen bisher ausgestattet wurden.

**Herr Theiß** machte deutlich, dass aufgrund der hohen Antragslage eine schnelle Abarbeitung nicht möglich ist, trotz der Bemühungen des vorhandenen Personals. Ca. 10 Mitarbeiter/-innen stehen den ca. 3500 Antragsteller/-innen zur Verfügung.

Vom Gesetzgeber wurde eine Übergangsfrist von drei Monaten eingeräumt, in welchem der Wechsel zum SGB II erfolgen soll. Jeder Geflüchtete muss grundsätzlich immer nach der Ankunft im Land das Asylbewerberleistungsgesetz durchlaufen, dies kann einige Tage oder Wochen dauern.

## zu 7.2      **Stand Corona**

---

**Frau Dr. Gröger** informierte zum derzeitigen Stand Corona.

Gegenwärtiger bundesweiter Trend ist das Sinken der Inzidenzzahlen. Die Arbeit wurde entsprechend angepasst, die Berichterstattung wurde auf eine wöchentliche Darstellung umgestellt. Sie informierte zu den geänderten Quarantäne- und Isolierungsbedingungen, die seit dem 07. Mai als Allgemeinverfügung von der Stadt veröffentlicht worden sind. Das positive Testergebnis und die Allgemeinverfügung sind die Dokumente, die die Isolierung gegenüber dem Arbeitgeber rechtfertigen, da die Ausstellung der Bescheinigungen, wie in anderen Bundesländern auch, weggefallen ist. Zum 30.06.22 läuft die Testverordnung aus, sodass hier Änderungen erwartet werden.

Zu den Impfzentren informierte **Frau Dr. Gröger**, dass das Objekt in der Heinrich-Pera-Straße geschlossen wurde und dieses wieder als Turnhalle hergerichtet wird, sodass zum Schuljahresstart diese Turnhalle wieder genutzt werden kann. Über den Sommer wird nach einem neuen Standort für ein Impfzentrum gesucht werden. Klar ist, dass es ab dem Herbst weitere Impfungen mit den entsprechenden Empfehlungen geben wird. Der Impfstoff Omikron wird angepasst. Laut dem Bundesgesundheitsminister ist damit zu rechnen, dass ab Herbst wieder mit 2 G und 3 G gearbeitet wird.

Die Stadtverwaltung hebt ihr Hygienekonzept hinsichtlich Testen, Maske tragen etc. zum 25.05.2022 auf. In bestimmten Bereichen wird empfohlen, dennoch eine Maske zum Schutz der Mitarbeiter/-innen zu tragen.

Sie informierte kurz zum § 20a, der Nachweispflicht der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Durch das Bundesverfassungsgericht wurde mit heutigem Tag diese Regelung als nicht rechtswidrig deklariert. Es sind ca. 1100 Meldungen im Fachbereich Gesundheit eingegangen, die bearbeitet werden müssen. Es konnten 190 Erledigungsschreiben erstellt werden, da die Nachweise erbracht wurden. Am Ende wird alles eine Einzelfallentscheidung sein.

Zum Stand Ukraine informierte **Frau Dr. Gröger**, dass ihr Bereich nach wie vor im ehemaligen Maritim vor Ort mit tätig ist, da die Aufgaben, welche vom Infektionsschutzgesetz vorgegeben sind, erfüllt werden. Die Universität macht ihre Sprechstunden für die Basismedizinische Versorgung weiterhin dort, was eine große Erleichterung für ihren Bereich ist. Die schulmedizinischen Untersuchungen für diese Kinder muss ebenfalls laufen, was terminlich berücksichtigt werden muss. Da dies neben den Untersuchungen für unsere Kinder läuft, kommt es auch zu Wartezeiten, trotz Unterstützung der niedergelassenen Ärzte. 1/3 der vorgesehenen Termine wurden von den ukrainischen Familien nicht wahrgenommen, was das Ganze nicht einfacher machte.

## **zu 8      Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 8.1      Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zu Kostensteigerungen im Bereich der Betriebskosten Vorlage: VII/2022/04007**

---

Die Antwort der Verwaltung lag in Session vor und wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 8.2      Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zu Kostensteigerungen bei den Kosten der Unterkunft Vorlage: VII/2022/04008**

---

Die Antwort der Verwaltung lag in Session vor und wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 8.3      Frau Jacobi zum schlüssigen Konzept**

---

**Frau Jacobi** fragte nach, wobei es sich bei dem „Schlüssigen Konzept“ handelt, welches mit im Themenspeicher enthalten ist.

**Frau Brederlow** antwortete, dass es sich hierbei um ein Konzept handelt, welches durch den Fachbereich Soziales erstellt wurde. Für die KdU gibt es das schlüssige Konzept, welches aller vier Jahre fortgeschrieben wird und die Summen werden aller zwei Jahre angepasst, da dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

### **zu 8.4      Herr Bönisch zur Tätigkeit von Schulsozialarbeiter/-innen**

---

**Herr Bönisch** sprach an, dass er von zwei unterschiedlichen Grundschullehrer/-innen zur Tätigkeit der Schulsozialarbeiter/-innen angesprochen wurde, da diese im Schulbereich teilweise andere Tätigkeiten ausüben, die ihnen von der Schulleitung zugewiesen werden,

als es deren Aufgabe ist. Er fragte, ob die Verwaltung reagieren kann und regte ein Schreiben an die Schulleitungen an, woraus die Aufgabenstellung für die Schulsozialarbeiter/-innen ersichtlich wird.

**Frau Brederlow** erwiderte, dass die Verwaltung nur Kontakt zu dem jeweiligen Träger aufnehmen kann, wenn ihr die konkreten Fälle mit Schule und Sachverhalt vorliegen. Sie verwies auf die Netzwerkstelle Schule im Fachbereich Bildung Die Schulsozialarbeiter/-innen unterstehen nicht der Schulleitung, sondern dem jeweiligem Träger, bei welchem sie angestellt wurden. Der Träger kann erst agieren, wenn konkrete Anhaltspunkte vorliegen.

#### **zu 8.5 Frau Dr. Kreutzfeldt zu Mieterhöhungen HWG lt. Presse**

---

**Frau Dr. Kreutzfeldt** fragte zu den Presseinformationen zu Mieterhöhungen durch die HWG nach und wollte wissen, ob es an dem so ist und wie die Auswirkungen auf wohnungssuchende Menschen sind und ob hiervon auch die ukrainischen Flüchtlinge betroffen sein werden.

**Frau Brederlow** bezog sich auf die ukrainischen Flüchtlinge, welche in der Regel Wohnungen beziehen, die KdU-fähig sind. Der KdU-Satz steht fest und demzufolge können nur diese Wohnungen angeboten werden.

Zu den Mieterhöhungen der HWG konnte sie nichts sagen, da sie nicht im Aufsichtsrat ist.

#### **zu 8.6 Frau Dr. Kreutzfeldt zum Stand Wickelplätze**

---

**Frau Dr. Kreutzfeldt** fragte zum Stand der Umsetzung Wickelplätze entsprechend des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wickelplätzen in städtischen Einrichtungen, Vorlage: VII/2022/03674.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung durch die Verwaltung zu.

#### **zu 9 Anregungen**

---

##### **zu 9.1 Themenspeicher**

---

Der Themenspeicher lag im Session vor und wurde zur Kenntnis genommen.

**Frau Haupt** sprach an, dass in der Sitzung am 29. Juni 2022 als Sitzungsort das Islamische Kulturzentrum in Neustadt vorgesehen ist. Die Organisation wird noch mit dem Verein abgeklärt werden.

**Die Vorsitzende, Frau Haupt**, bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Uta Rylke  
Protokollführerin